

**Für eine geordnete Flüchtlingspolitik.**

Baden-Württemberg hat noch nie so viele geflüchtete Menschen aufgenommen, wie in diesem Jahr. Unser Land stellt sich seiner humanitären Verantwortung. Insbesondere der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Hierfür gilt der Dank der CDU-Landtagsfraktion allen Akteuren bei Land, Kommunen und Gesellschaft.

Gleichzeitig müssen wir auch angesichts zusätzlich steigender Zugangszahlen bei Asylsuchenden feststellen, dass unsere Raum- und Personalkapazitäten an ihre Grenzen stoßen oder inzwischen überlastet sind. Viele Städte und Gemeinden haben keinen Wohnraum mehr, um Geflüchtete würdig unterzubringen. Kurzum: Wir stoßen an unsere Belastungsgrenzen!

Als CDU-Landtagsfraktion werben wir daher eindringlich für Ehrlichkeit und einen stärkeren Realitätssinn in der Migrationspolitik. Insbesondere die Bundesregierung muss die Gesamtsituation anerkennen und endlich ihre Verantwortung wahrnehmen – bei den finanziellen, operativen und auch rechtlichen Rahmenbedingungen. Will Deutschland auch morgen noch den Menschen die zu uns kommen, helfen können, braucht es einen Kurswechsel hin zu mehr Vernunft und Konsequenz in Sachen Migration. Wir müssen Migration steuern, ordnen und begrenzen. Dazu gehören für uns ein aktiver Grenzschutz, leistbare Standards bei der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung, sowie konsequente Abschiebungen im Rahmen der versprochenen Rückführungsoffensive.

Als CDU-Landtagsfraktion setzen wir gerade in der Migrationsfrage auf europäische Antworten. Und gerade deswegen darf es keine deutschen Sonderwege in der Migrationspolitik geben. Deutschland darf sich nicht mit unausgewogenen Initiativen isolieren. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten, müssen die Menschen spüren, dass wir nur denjenigen helfen, die unsere Hilfe auch wirklich brauchen und gleichzeitig keine Anreize für illegale Migration setzen. Denn klar ist ebenso: In dem Maße, in dem die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft schwindet, werden die Nachteile für jene zunehmen, die zurecht bei uns Schutz suchen.

## **Verantwortung übernehmen.**

Als CDU-Landtagsfraktion bekennen wir uns dazu, den Menschen die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, weiterhin Hilfe und Zuflucht zu gewähren. Hierzu braucht es indes klare Regeln.

Die Ampel in Berlin scheint bisher weder willens noch in der Lage, der sich zuspitzenden Migrationslage Rechnung zu tragen. Sie schafft stattdessen mit dem Rechtskreiswechsel für Geflüchtete aus der Ukraine und dem damit in Zusammenhang stehenden Gedanken, diesen auf weitere Personengruppen auszuweiten, sowie neuen Aufnahmeprogrammen oder dem Chancen-Aufenthaltsrecht Umstände, welche die aktuelle Lage weiter verschärfen.

So hat die Politik der Ampel-Regierung besonders die Kommunen in Baden-Württemberg an ihre Belastungsgrenzen geführt. Die Lage ist alarmierend. Was wir jetzt brauchen, ist ein Kurswechsel.

**Die Bundesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen!**

## **Finanziell.**

Lange mussten Länder und Kommunen darauf warten, dass der Bund seine Zusagen einlöst und die Aufnahme und Integration von nunmehr *allen* Geflüchteten mitfinanziert. Die Signale des Bundes, sich strukturell und dauerhaft an den Flüchtlingskosten zu beteiligen, begrüßen wir daher ausdrücklich. Klar ist, dass die bisher erfolgten Finanzierungszusagen des Bundes an die Länder und Kommunen weiterhin unzureichend sind: Sie belaufen sich für die Jahre 2022 und 2023 auf zusammengerechnet gerade einmal 4,25 Milliarden Euro. Dabei wendet allein Baden-Württemberg schon Jahr für Jahr über eine Milliarde Euro für die Flüchtlingsaufnahme auf. Gerade wenn die Ampel noch mehr Geflüchtete in Deutschland aufnehmen will, muss sie für ihre Pläne auch finanziell ein- und geradestehen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf, nicht länger hinter dem objektiv Notwendigen zurückzubleiben und die Versorgung von Geflüchteten noch stärker mitzufinanzieren.

## **Operativ.**

Das operative Handeln des Bundes ist dadurch gekennzeichnet, dass Maßnahmen kurz angeschoben und anschließend ohne weitere Finanzierung den Ländern aufgebürdet werden. Wer die Regeln setzt, muss sich auch dauerhaft und ausreichend an deren Umsetzung beteiligen.

- **Bei Abschiebungen** muss die angekündigte Rückführungsoffensive der Bundesregierung endlich beginnen. Bislang können die Länder nicht feststellen, dass der Bund sie bei Rückführungen verstärkt unterstützt. Dabei scheitert die praktische Rückführung von Ausreisepflichtigen meist an Problemen, die von den Behörden der Länder kaum oder gar nicht beeinflussbar sind. Die Herausforderungen liegen überwiegend in der Zuständigkeit des Bundes; insbesondere mit Blick auf die mangelnde Kooperation der Herkunftsländer bei der Rücknahme ihrer eigenen Staatsangehörigen oder bei der Identifizierung derselben. Es benötigt deutlich erweiterte Befugnisse zur Identitätsfeststellung. Um Herkunftsländer zur Kooperation bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu bewegen, sollten Anreize wie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Programme zur Arbeitsmigration die internationale Zusammenarbeit prägen. Damit unser Sonderstab Gefährliche Ausländer im Hinblick auf schwere Straftäter und Gefährder seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann, muss die Bundesregierung Abschiebeperspektiven in sichere Regionen, insbesondere die Staaten Nordafrikas (Maghreb), schaffen. Denn für uns ist klar: Wir können nur aufnahmefähig bleiben, wenn wir auch in der Lage sind, illegale Aufenthalte in Deutschland zu beenden.
- **Bei der Registrierung von Geflüchteten** muss die Personalisierungsinfrastrukturkomponente (PIK) auch über 2024 hinaus vom Bund bereitgestellt werden. Es kann nicht sein, dass jedes Bundesland eine eigene Lösung für diese bundesweit einheitliche Aufgabe entwickeln und finanzieren muss!
- **Bundesaufnahmeprogramme** muss der Bund unbedingt mit den Ländern abstimmen, die um die Kapazitätsgrenzen bei der Flüchtlingsaufnahme vor Ort wissen. Außerdem muss der Bund die Länder von bürokratischen Aufgaben entlasten.

- **Bei Asylverfahren** muss die Verfahrensbeschleunigung auch für die deutsche Bundesregierung Daueraufgabe sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss entsprechend ausgestattet und unterstützt werden.
- **Bei der Integration** braucht es einen festen Standpunkt. Für uns ist die Gesellschaft eine Verantwortungsgemeinschaft. Jeder in unserem Land trägt Verantwortung sowohl für sich selbst, als auch für seine Familie, seinen Partner, seine Partnerin und für unsere Gemeinschaft. Insoweit bedarf gelingende Integration vor allem auch einem hohen Maß an Eigeninitiative. Die Sprach- und Integrationskurse des Bundes müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden und die zu uns kommenden Menschen müssen bereit sein, unsere Sprache zu lernen, unsere Werte zu respektieren und sich einzugliedern. Ebenso, wie beim Bürgergeld, erwarten wir vom Bund, dass auch bei der Integration am Grundsatz Fördern und Fordern festgehalten wird.

## **Innovativ.**

Die Krise als Chance erkennen; neue Wege einschlagen und langfristige Lösungen finden: Auch dafür steht die CDU Landtagsfraktion. Wir fordern den Bund daher auf, abseits der asylrechtlichen Regelungen mit innovativen Lösungen für mehr Fachkräftezuwanderung zu sorgen.

- **Fachkräftemangel** mit flexiblerer Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen entgegenwirken, als Beispiel kann hier der Pflegebereich dienen. Im Bereich der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen müssen Standards vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Dies gilt beispielsweise im so massiv unterbesetzten Bereich der Heilberufe.
- **Sprachförderkurse** zur Unterstützung in Bildungsgängen der beruflichen Schulen sollen weiterhin angeboten werden. Oft scheitern Geflüchtete, gerade in Prüfungen, an der deutschen Sprache, obwohl sie ihr Handwerk hervorragend beherrschen. Die zusätzlichen Sprachförderkurse für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland helfen, wenn die Deutschkenntnisse zur Erreichung des Bildungsziels noch nicht ausreichen.
- Der Bund muss auch seine **Auslandsvertretungen** personell so ausstatten, dass innerhalb eines vertretbaren Zeitraums ein Visum ausgestellt wird. Dies ist beispielsweise gerade in den Ländern des Westbalkans derzeit nicht der Fall.

## **Rechtlich.**

Das Handeln der Ampel muss dringend einem Realitätscheck unterzogen werden. Während Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft mit großem Engagement den immensen Zugang an Geflüchteten meistern, setzt der Bund neue Fehlanreize für irreguläre Migration nach Deutschland.

- **Der Rechtskreiswechsel darf nicht auf weitere Personengruppen ausgedehnt werden und muss im Falle einer anhaltenden Zuwanderung aus der Ukraine ab einem gewissen Zeitpunkt (Stichtag) für die Zukunft aufgehoben werden.** Zum 1. Juni 2022 sind dadurch die Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine auf das Leistungsniveau von einheimischen Arbeitslosengeld-II-Empfängern und damit auf

das höchste Niveau in Europa gestiegen. Dies führt dazu, dass deutlich mehr Menschen in Deutschland als beispielsweise in Frankreich oder anderen westeuropäischen Nachbarstaaten Schutz zu suchen. Es ist Aufgabe der Bundespolitik, solche Fehlanreize zu unterbinden, denn sie machen alle Versuche einer gleichmäßigen Verteilung von Geflüchteten in Europa zunichte.<sup>1</sup> Der Blick in unser Land zeigt, dass wir im Hinblick auf die Unterbringungsmöglichkeiten bereits an der Belastungsgrenze angelangt sind. Die Hilferufe der Städte und Gemeinden sind ein ernstes Warnsignal, das auch in Berlin endlich gehört werden muss. Aus diesem Grund darf es die diskutierte Ausweitung des Rechtskreiswechsels auf Asylsuchende nicht geben. Sie wäre ein weiterer immenser Pull-Faktor für illegale Migration nach Deutschland.

- **Mit dem geplanten „Chancen-Aufenthaltsrecht“ sendet die Ampel-Regierung falsche Signale in die Welt.** Wer zahlreiche illegale Aufenthalte unabhängig davon legalisiert, wie die Einreise erfolgt ist, ob sich jemand integriert hat, seinen Lebensunterhalt verdient und die Sprache erlernt hat, schafft in einer bereits alarmierenden Gesamtlage zusätzliche Pull-Faktoren. Auf der anderen Seite gilt aber auch: Viele Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk begegnen dem Fach- und Arbeitskräftemangel dadurch, in dem sie geflüchtete Menschen ausbilden und „in Arbeit bringen“. Dies erfordert viel Initiative, die die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt und wertschätzt. Gerade deshalb folgen wir in Baden-Württemberg innerhalb der Rechtslage dem Grundsatz „Wer arbeitet, davon leben kann, unsere Sprache erlernt und sich gut integriert hat, soll Teil unserer Gesellschaft sein“. Dabei setzen wir auf die bereits vorhandenen Instrumente der Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung, die dem Interesse unserer Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen.
- **Mit der geplanten „Versicherung an Eides statt“ gefährdet die Ampel-Koalition die innere Sicherheit des Landes.** Denn es bleibt offen, wie verhindert werden kann, dass mit falschen Angaben Aufenthaltsrechte erschlichen werden. **Einem Missbrauch wird hier Tür und Tor geöffnet.** Zudem ist diese Art der Identitätsklärung bei Aufenthaltsbeendigungen sinnlos, Abschiebungen können so ganz bewusst verhindert werden. Die Identitätsklärung an Eides statt darf deshalb nicht eingeführt werden. Wir haben als Gesellschaft die Notwendigkeit zu wissen, wer zu uns kommt und bei uns lebt.

## **Grenzen setzen.**

Die Herausforderungen, vor denen wir auch in Zukunft in der Migrationspolitik stehen, kann Deutschland keinesfalls alleine lösen. Hier braucht es zumindest eine europäisch harmonisierte, wenn nicht gar globale Lösung. Der Bund muss daher um die Grenzen der eigenen Aufnahmefähigkeit wissen und ihnen nicht zuletzt über einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen Rechnung tragen. Auch im Inneren müssen wir Grenzen setzen;

---

<sup>1</sup> Laut einer am [„National Bureau of Economic Research“](#) erschienenen Studie sind nach Dänemark infolge von gekürzten Sozialleistungen für Migranten deutlich weniger Menschen aus Ländern außerhalb der EU eingewandert.

Grenzen setzen gegenüber allen Zugewanderten, die unsere Solidarität missbrauchen und gleichzeitig eigene Kapazitäts- und Belastungsgrenzen erkennen und wahren.

- **Das Niveau an Unterstützungs- und Sozialleistungen für Geflüchtete muss innerhalb der EU angeglichen werden.** Das heißt auch, dass Deutschland sein bislang gewährtes Leistungsniveau, etwa gerade auch im Duldungsfall, reduzieren muss. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Flüchtlinge in der ganzen EU bezogen auf die örtlichen Lebensumstände angemessen behandelt werden. Nur so werden wir das Problem der Sekundärmigration innerhalb der EU lösen können.
- **Wir müssen bei der Unterbringung von Geflüchteten im Land Standards und Vorgaben abbauen.** Es gilt, etwa in Aufnahmeeinrichtungen bei Konzeption, Ausstattung und Angeboten Abstriche zu machen. In Zeiten, in denen unsere Kapazitäten ihre Belastungsgrenze erreichen oder bereits überschritten haben und nicht mehr mit unserer Solidarität mithalten können, ist es erforderlich, dass wir uns auf das Notwendige konzentrieren.
- **Für uns ist ohne Ansehen von Gruppenzugehörigkeiten klar: Wer unsere Solidarität als aufnehmende Gastgesellschaft missbraucht, hat unsere Solidarität verwirkt. Gelungene Integration setzt für uns ein Miteinander und kein Nebeneinander voraus. Hierzu gehört die Bereitschaft sich tatkräftig zu integrieren und insbesondere ein aktiv gelebtes Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer dieses dauerhaft verweigert, wer die Grundwerte unserer Gesellschaft und unserer Verfassung nicht akzeptiert, muss unser Land wieder verlassen.** Abschiebungen wären in diesem Fall zu ermöglichen, wenn sich die Sicherheitslage in einzelnen Teilen des Herkunftslandes hinreichend verbessert.
- **An den EU-Außengrenzen muss ein wirksamer und rechtsstaatlicher Grenzschutz etabliert werden!** Solange ein solcher Außengrenzschutz als notwendige Voraussetzung für die innereuropäische Personenfreizügigkeit unvollendet bleibt, sind insbesondere für eine verbesserte Lageeinschätzung der Migrationsbewegungen auch gezielte Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen zu prüfen. Nur so kann das Zugangsgeschehen frühzeitig erkannt und gesteuert werden.
- **Die Bundesregierung muss stärkere Anstrengungen darauf verwenden, eine gerechte Verteilung von Geflüchteten in der EU zu erreichen.**